

1./IV. 1917

Volkswirtschaft.

Wirtschaftliche Zukunftsfragen.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Baron
v. Madarassy-Best.

Budapest, 31. März.

Auf Grundlage einer in den Zeitungen ziemlich gedrängt wiedergegebenen Rede des Staatssekretärs Helfferich, die dieser am 7. März im Budgetausschuß des deutschen Reichstages hielt, hat Graf Albert Apponyi vor einigen Tagen in der Frage der handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland, sowie im allgemeinen über das zukünftige wirtschaftliche Verhältnis Ungarns zu seinen Verbündeten eine Interpellation an den Ministerpräsidenten gerichtet, die einstweilen nicht beantwortet worden ist. Diese Zeilen wollen der Antwort des Ministerpräsidenten in keiner Weise vorgreifen. Es wird sich ja noch genügend Gelegenheit bieten zur eingehenden Behandlung dieser Materie, die von so hoher Wichtigkeit für unsere wirtschaftliche Zukunft ist. Ich will hier nur in Kürze einige Gedanken entwickeln, die die große Frage, die von dem hervorragenden Führer der größten ungarischen Oppositionspartei angeschnitten worden ist, vielleicht in eine andere Beleuchtung rücken. Zunächst möchte ich den Nachweis versuchen, daß der Gesichtswinkel, aus dem Graf Apponyi die ganze Frage betrachtet, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, denen wir nach dem Kriege gegenüberstehen werden, nicht entspricht.

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat jüngst das Wort geprägt: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, der nach einer Katastrophe, wie sie die Welt überhaupt noch nicht gesehen hat, glaubt, er könne einfach wieder an das anknüpfen, was vorher war.“ Es war vom preußischen Wahlrecht die Rede.

Ein großer Jubel ging damals durch unsere sämtlichen oppositionellen Blätter. Man hat das Wort natürlich als ein Kampfmittel in der Frage des allgemeinen Wahlrechtes gegen Tisza ausnützen wollen. Es würde mich zu weit führen, hier auch nur ein Wort über die Wahlrechtsfrage zu verlieren. In der Behandlung der Bethmann-Hollwegischen Äußerung durch die ungarische Opposition liegt aber ein weiterer Beweis dafür, daß diese Frage von ihr nur als Schlagwort ins Treffen geführt wird. Aus dem Riesenkessel, in welchem die ungeheueren Aufgaben und Probleme brodeln, die wir in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nach dem Kriege werden lösen müssen, wird einzig und allein die Wahlrechtsfrage und auch die ganz naht, ohne Berücksichtigung ihrer Konsequenzen, herausgeholt und sämtliche anderen Probleme mit einem gemüthlichen Anachronismus so behandelt, als hätte sich in der Welt durch den Krieg nichts verändert, als stünden wir nicht auf der ganzen Linie einer Umwälzung gegenüber, wie sie noch nie erlebt worden ist.

Die Wahrheit ist aber, daß das Bethmann-Hollwegische Wort ohne weiteres auf alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme angewendet werden muß, die bei Friedensschluß sich vor uns aufstürmen werden. Es sind während dieses Krieges wirtschaftliche Erscheinungen zutage getreten, die all das, was wir bis jetzt an praktischen Erfahrungen und grauen Theorien aufgebaut haben, einfach umstoßen und uns vor Aufgaben stellen, so riesengroß und ganz neuartig, daß ihnen gegenüber die heute ganz kleinlich erscheinenden Methoden früherer Zeiten an den Kampf der Goliathen gegen Gulliver erinnern.

Wir müssen bestrebt sein, uns klar darüber zu werden, was in diesem Kriege geschehen ist. Der Begriff Weltbürger, mit dem wir in den schönen Tagen von Aranjuez getändelt haben, hat, glaube ich, für eine sehr lange Zeit seine Daseinsberechtigung eingebüßt; der Begriff Staatsbürger dagegen wurde im Krieg inhaltsschwerer, als er früher je von uns gedacht worden. Alles, was auf allgemeiner Menschenliebe, auf der Kulturbrücke aufgebaut war, die Staat mit Staat verbindet, ist zusammengebrochen. Der Internationalismus der Kirche, der Internationalismus der Sozialdemokratie, der Internationalismus der Freimaurerei, der Internationalismus der Kultur und der Volkswirtschaft — sie alle haben in dem ersten Augenblicke des Krieges aufgehört und die großen staatlichen Organisationen sind mit elementarer Wucht aufeinander gestoßen.

Nicht der nationale Gedanke allein hat über den Internationalismus gesiegt, sondern die ungeheure ethische und wirtschaftliche Kraft, die der moderne Staat repräsentiert und deren zentrifugale Wirkung durch den Krieg in ungeahnte Größen gewachsen ist. Der Krieg bedeutet eine bis jetzt nur in Utopien von Thomas Morus und Saint Simon geträumte Einschränkung des wirtschaftlichen Individualismus und ein ungeheurer tiefes Eindringen der Staatsgewalt in das ganze Wirtschaftsleben. Ich glaube den Vorgang am besten mit dem Ausdruck „wirtschaftlicher Imperialismus des Staates“ bezeichnen zu können. Der Internationalismus der Sozialdemokratie hat versagt, aber wir müssen uns klar darüber werden, daß alles andere, was sie verkündet und anstrebt, Fortschritte mit Siebenmeilenstiefeln gemacht hat. Die Wirtschaft — Produktion wie Konsum — ist nicht mehr der freien Verfügung des Einzelnen überantwortet, sie ist Sache der Gesamtheit, des Staates geworden. Und diese Entwicklung, die heute aus dem Kriegszustande erwächst, wird, meiner Ansicht nach, nach dem Kriege bei den wirtschaftlichen Folgen dieses Ringens nur sehr langsam abgebaut werden können, so daß das ganze Gefüge in seinen Hauptzügen lange, sehr lange bestehen bleiben wird.

Man wird eben auch nach dem Kriege in sehr hohem Maße mit dem Begriff der Autarchie in ganz Mitteleuropa zu rechnen haben, zu der wir im Kriege durch die volle Versperrungspolitik unserer Feinde gezwungen waren. Wir werden auch nach dem Kriege danach streben müssen, womöglich das Meiste dessen, was wir konsumieren, auch selbst zu erzeugen. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen